



141/2007

Kiel, 27. Dezember 2007

Hartz IV: Zahl der Hilferufe erreicht Rekordniveau – keine Besserung in Sicht

Kiel (SHL) - Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein, Birgit Wille-Handels, blickt auf ein stürmisches Jahr 2007 zurück. Der anstehende Jahreswechsel bietet die Gelegenheit für eine erste Bilanz.

Die Zahl der Eingaben an die Bürgerbeauftragte ist im Jahre 2007 nochmals kräftig gestiegen. Absoluter Schwerpunkt waren wie in den Vorjahren die Eingaben zum Bereich Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV). „Nicht einmal ansatzweise ist ein Silberstreif am Horizont zu erkennen“, betonte Birgit Wille-Handels heute in Kiel. Immer mehr Hilfesuchende beschwerten sich über unverständliche Bescheide, ausbleibende Zahlungen, Zwangsumzüge, unfreundliche Mitarbeiter, sinnlose Maßnahmen und zu lange Bearbeitungsdauer. Häufig beklagt wurde auch die fehlende fachliche Beratung durch die Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen.

„Besonders bitter ist“, so Birgit Wille-Handels, „dass selbst angestrebte Verbesserungen sich ins Gegenteil verkehren. Die Überarbeitung der Bescheide durch die Bundesagentur für Arbeit hat nicht zu mehr Klarheit und Transparenz geführt, sondern das Gegenteil bewirkt. Die Bescheide sind noch länger, unübersichtlicher und unverständlicher geworden. Der normale Bürger blickt hier einfach nicht mehr durch.“ Zumal es anscheinend zur Regel zu werden, dass die Hilfesuchenden mehrfach Bescheide unter dem selben Datum für die selben Zeiträume erhalten, was die Verständnislosigkeit noch steigert.

Zudem ist es in der täglichen Verwaltungspraxis problematisch, dass zahlreiche offene Grundsatz- und Einzelfragen noch nicht durch die Gerichte geklärt wurden. Was im Übrigen wegen der völligen Überlastung der Gerichte noch Jahre dauern wird.

Schnelle Besserung scheint vorerst nicht in Sicht. Die Bürgerbeauftragte hat den Eindruck, dass Gesetzgeber und Verwaltung mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in untätiger Starre verharren. Birgit Wille-Handels betont daher abschließend: „Wie es nach dem Richterspruch vom 20. Dezember 2007 in Sachen ARGe weitergehen wird, bleibt abzuwarten. Jedoch besteht nun die Chance, eine bürgerfreundliche und transparente Verwaltungsstruktur zu schaffen, die eine echte Unterstützung für die Hilfesuchenden darstellt.“